

12.09.2023

Antrag

der Fraktion der SPD

**Gute Arbeit braucht ausreichende personelle Ausstattung:
Die Landesregierung muss den Landesbetrieb Straßenbau.NRW personell stärken**

I. Ausgangslage

Der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen – kurz „Straßen.NRW“ – plant, baut und betreibt den Großteil an Bundes- und Landesstraßen im bevölkerungsreichsten Bundesland. Es handelt sich um rund 4.000 km Bundesstraßen und rund 11.600 km Landesstraßen.¹ Hinzu kommen ca. 7.840 Kilometer Radwege sowie 1.000 Kilometer Kreisstraßen. Das Aufgabenfeld des Landesbetriebs Straßen.NRW beinhaltet auch die Zustandserfassung und -bewertung der Straßen sowie der ca. 6.800 Verkehrszeichenbrücken, Brücken und Tunnel in seinem Wirkungsbereich. Straßen.NRW arbeitet als modernes Dienstleistungsunternehmen seit vielen Jahren erfolgreich und zuverlässig für die Mobilität und Sicherheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Das ist besonders dem fachlichen und engagierten Einsatz der vielen Beschäftigten des Landesbetriebs zu verdanken.

Mit dem Übergang der Zuständigkeit für die rund 2.300 km Bundesautobahnen in NRW vom Landesbetrieb Straßen.NRW zur Autobahn GmbH des Bundes zum 1. Januar 2021 war ein tiefgreifender Veränderungsprozess verbunden, der insbesondere auch die Belegschaft des Landesbetriebs betraf. Der zugehörige Überleitungsprozess wurde seitens der Landesregierung alles andere als positiv gestaltet. Er hat zu einem massiven Verlust von qualifizierten und erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt. Von den ehemals rund 6.500 Beschäftigten sind gegenwärtig noch rund 4.000 vorhanden. Die schwierige Personalsituation wird zudem durch die Auswirkungen der demographischen Entwicklung weiter verschärft, weil in den kommenden Jahren viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter altersbedingt aus dem Betrieb in die Rente ausscheiden werden.

Der Landesbetrieb Straßen.NRW hatte nach dem im Jahr 2012/2013 eingeleiteten Prozess der personellen Stärkung und mehrfachen Neuorganisationen einen stetigen Hochlauf des Bauumsatzes zu verzeichnen. Sein Erstarken war unverzichtbare Grundlage für die Überwindung des Investitionsstaus im Landes- und Fernstraßennetz. Mit dem Investitionsvolumen und den durch den Koalitionsvertrag der Koalitionsfraktionen in 2022 erhöhten Anforderungen in der Aufgabenwahrnehmung steigt jedoch auch die Arbeitsverdichtung und Überlastung der Beschäftigten in fast allen Bereichen weiter an.

¹ Stichtag 1.1.2023. Abweichungen zur Gesamtzahl der Kilometer von Bundes- und Landesstraßen in NRW ergeben sich durch die Zuständigkeit großer Städte nach dem Straßen- und Wegegesetz NRW.

Der Übergang der Zuständigkeit für die Bundesautobahnen in NRW vom Landesbetrieb Straßen.NRW zur Autobahn GmbH des Bundes wirkt sich noch immer negativ auf die Personalsituation im Landesbetrieb aus. In der Konkurrenz zur Autobahn GmbH des Bundes, zu den Kommunen und zu privaten Arbeitgebern gelingt die Personalgewinnung nur mit großem Aufwand. Neue und zusätzliche Aufgaben des Landesbetriebs Straßen.NRW sind dabei im derzeitigen Stellenplan noch nicht berücksichtigt. Die sich in der Personalgewinnung befindenden noch freien Stellen kommen dafür jedoch nicht in Betracht.

Umso schwerwiegender ist, dass der daraus resultierende zusätzliche Personalbedarf des Landesbetriebs im Personalhaushalt der Landesregierung für das Jahr 2023 keinerlei Widerhall fand.

Eine besondere Herausforderung ist für den Bereich des Straßenbetriebsdienstes mit seinen körperlich anspruchsvollen und belastenden Tätigkeiten, dass aufgrund der bestehenden Altersstruktur insbesondere hier ein deutlicher Anteil der Beschäftigten in den kommenden Jahren altersbedingt ausscheiden wird. Dieses erfolgt teilweise gesundheitsbedingt auch schon vorzeitig. Gleichzeitig verdichtet sich die Arbeitsbelastung auch im Bereich des Straßenbetriebsdienstes aufgrund der sich verändernden und neuen Aufgaben.

II. Der Landtag stellt fest:

- Ein leistungsfähiger Landesbetrieb Straßenbau.NRW ist unverzichtbar, um den Investitionsstau bei Landes- und Bundesstraßen zu überwinden und die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer im Straßen- und Radwegenetz gewährleisten zu können.
- Für einen leistungsfähigen Landesbetrieb Straßenbau.NRW ist eine ausreichende personelle Ausstattung grundlegende Voraussetzung.
- Eine ausreichende personelle Ausstattung vermindert die Überlastung der Beschäftigten und senkt den Krankenstand.
- Eine ausreichende personelle Ausstattung bietet die Gewähr dafür, dass der Landesbetrieb Straßenbau.NRW seine Aufgaben pflichtgemäß erfüllen kann.
- Deshalb muss die Landesregierung dringend für eine personelle Aufstockung der Belegschaft sorgen, um die gegenwärtigen Aufgaben sachgerecht und pflichtgerecht erfüllen zu können.
- Darüber hinaus muss der demografischen Herausforderung schon heute begegnet werden, indem schon jetzt das hier benötigte Personal gewonnen wird und beispielsweise mit einer übergangsweise zusätzlichen Stellenausstattung der demografische Wandel im Straßenbetriebsdienst abgefangen werden kann. Das setzt präventive personalwirtschaftliche Maßnahmen der Landesregierung voraus, um den anstehenden Verlust weiterer Arbeitskräfte, die in den nächsten Jahren beim Landesbetrieb Straßen.NRW altersbedingt ausscheiden werden, ausgleichen zu können.
- Für die Stärkung der personellen Ausstattung des Landesbetriebs Straßenbau.NRW muss die Landesregierung im Personalhaushalt für das Jahr 2024 entsprechende Stellen schaffen und den Landesbetrieb Straßen.NRW nachhaltig unterstützen.

III. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Landesbetriebes Straßen.NRW sowie zur Entlastung der Belegschaft

- entsprechende personalwirtschaftliche Maßnahmen im Wege des Personalhaushaltes für das Jahr 2024 zu ermöglichen
- die erforderlichen zusätzlichen Stellen im Landeshaushalt nachhaltig zu verankern
- ein landesweites Ausbildungskonzept zu schaffen, das auf den demographischen Wandel mit innovativen Maßnahmen reagiert
- die Personalgewinnung insgesamt zu stärken und
- insbesondere mit Blick auf die kommenden Personalverluste, Stichwort demographische Entwicklung, ergänzende flexible und präventive personalwirtschaftliche Maßnahmen zu ermöglichen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Alexander Vogt
Gordan Dudas

und Fraktion